

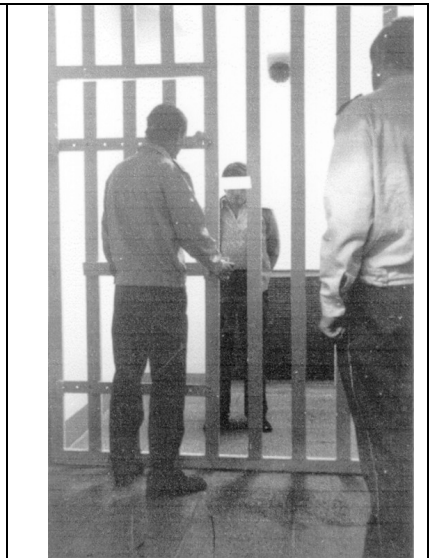
Zuführung zum Zellenhaus

Nach dem Duschen und Einkleiden wird die inhaftierte Person sofort von zwei Mitarbeitern durch das Zellenhaus in einen Verwahrraum geführt.

Dabei ist zu beachten, daß die inhaftierte Person so wenig wie möglich von den örtlichen Gegebenheiten wahrnimmt. Das heißt, daß die inhaftierte Person vor jeder Tür den Blick zur Wand zu wenden hat. Weiterhin sind die nötigen Schlüssel - Treppenhausschlüssel, Verwahrraumschlüssel, Durchgangsschlüssel - sicher am Mann zu tragen. Im Treppenhaus ist zu beachten, daß die inhaftierte Person keine Wahrnehmungen durch die Fenster machen kann.

Die zwei Mitarbeiter sollten jederzeit gefaßt auf einen Angriff der inhaftierten Person sein, das heißt, sie dürfen auf keinen Fall unmittelbar hinter der inhaftierten Person folgen, sondern in einem Abstand von ca. 2 Stufen. Das Signalkabel sollte bei Gefahr jederzeit für einen Mitarbeiter zu betätigen sein.

Auf der Station wird die inhaftierte Person sofort in den entsprechenden Verwahrraum geführt. Hier erfolgen dann die nötigen Anweisungen über Belegungsplatz, Bettenbau usw. Ebenfalls erhält die inhaftierte Person im Verwahrraum die Hausordnung der UHA zur Kenntnis.



Das Geraer Gefängnis: Gedenk- und Begegnungsstätte „Amthordurchgang“

Fastvollständig abgerissen wurde das Gefängnis im Geraer Amthordurchgang“. Hier waren zahlreiche DDR-Bürgerrechtler inhaftiert und hier kam auch Matthias Domaschk zu Tode. Mit Geldern aus dem MauergrundstückFonds errichtete der Verein „Amthordurchgang“ e.V. eine Gedenk- und Begegnungsstätte. Nach Unterbrechung wird ab 7. Juni 2005 die Sanierung des Torhauses mit Bundes- und Landesmitteln weitergeführt. In der i. Bauphase wurde die Konzeption weitestgehend umgesetzt. Änderungen erfolgten aus Kostengründen, da unvorhersehbare Maßnahmen -wie Beseitigung von Hausschwamm im Erdgeschoss - anfielen. Die Büroetage, die den Verein sowie die Opferverbände VOS und BSV beherbergen wird, ist fertig gestellt. Ebenso die Ausstellungsräume,



stunden für Schulen zu erarbeiten, Schulprojekte zu betreuen und Zeitzeugengespräche zu vermitteln. Ein besonderes, bereits laufendes Projekt ist das „Theater als Unterrichtsform“. Die Dokumentation: Ziel ist es, ein Dokumentations- und Informationszentrum (mit Ausstellungen, Bibliothek, Audio-Video-Archiv, Publikationen) zu entwickeln.

Eine wichtige Aufgabe sind Gespräche mit Zeitzeugen, die Eindrücke auf der Seite der Opfer schildern. Zur Aufarbeitung gehört auch das Hinterfragen der Beweggründe der Täter. Interviews werden geführt, aufbereitet und präsentiert.

Die Gedenkstätte ist eine Stätte des Erinnerns, Gedenkens und der Begegnung. Wir wollen den Opfern helfen. Einige von ihnen haben eine

das Foyer und die Bibliothek. Zur Veranschaulichung der Haftbedingungen wurden originale Zellentüren und Glasbausteinfenster eingebaut, die mittels künstlerischer Effekte für die grauenhaften Bedingungen sensibilisieren. Im jetzt beginnenden Bauabschnitt wird das Kellergeschoss trocken gelegt. Hier befindet sich im Originalzustand der „Party“-Keller des Wachpersonals. In einem Kellerraum wird mit dem Medium Licht und mit Originalgegenständen ein Haltraum so installiert, dass Einsamkeit und Bedrängnis der politischen Häftlinge nachvollziehbar werden. Anschließend wird das Treppenhaus saniert und die Außenanlage gestaltet. Im Hof werden das ehemalige Gefängnistor und ein DDR-Gefängnistransporter gezeigt. So finden sich in dem modern gestalteten Objekt immer wieder historisch wertvolle Ausstellungsgegenstände. Der Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“ e.V. erarbeitet zur Zeit eine Betreiberkonzeption für die Gedenk- und Begegnungsstätte. Die wesentlichen Säulen sind: Das Gedenken: Wie viel sind wir bereit aus der Vergangenheit zu bewahren und wie viel sind wir bereit zu vergessen? Erinnern und Gedenken an die Leiden und Schicksale der inhaftierten Opfer ist die Hauptaufgabe der Gedenk- und Begegnungsstätte. Dort, wo einst die Schreibtische der Täter standen, veranschaulichen historische Objekte auf

unterschiedliche Weise die demütigenden Haftbedingungen. Auch historisch-politische Hintergründe und Methoden der Geheimdienste werden aufgezeigt. Es entsteht ein Ort der Besinnung für die Opfer und ihre Angehörigen und ein Ort, an dem Besucher für das Thema politische Verfolgung sensibilisiert werden.

Die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewalttherrschaft: Das Anliegen besteht darin, klare Zeichen zu setzen, gedanklich anzuregen und Raum für die eigene Auseinandersetzung zuzulassen. Künstlerischer Ausgangspunkt war der Anspruch, eine von Architektur und Umfeld unabhängige Skulptur zu entwickeln. Es soll bis Ende 2005 errichtet sein. Die Aufarbeitung: Für fünf Zeitepochen (1876-1933, 1933-1945, 1945-1952, 1952-1989 und 1989-99) der Gefängnisnutzung werden Forschungsaufträge durchgeführt. Weitere Forschungsprojekte dienen der Aufarbeitung der Machenschaften der DDR-Staatssicherheit in der Region Gera. Einerseits wird über die Repressalien gegenüber den Opfern informiert, andererseits die Motive der Täter dargestellt. Die Ergebnisse sollen die Publikationsarbeit und die regelmäßigen Veranstaltungen, Lesungen, Diskussionen und Vorträge unterstützen. Zur Bewahrung der Erinnerung ist es erforderlich, die heranwachsenden Generationen für das Thema zu sensibilisieren, Unterrichts

unbedeutende finanzielle Rehabilitation erfahren. Deshalb sollte man ihnen auch durch menschliches Handeln helfen, ihnen seelisch-moralische Unterstützung geben, ihnen Mut zusprechen, Anerkennung und Hoffnung geben, ihnen Gehör schenken und Raum für Begegnung und Aufarbeitung geben.

Zusammenarbeit: Die Aufarbeitung der Historie kann nur sinnvoll und wirksam sein, wenn sie Teil eines lebendigen gesellschaftlichen Dialogs ist. Dazu müssen moderne Kommunikationsmittel genutzt werden. Geplant ist die Einrichtung eines Computernetzwerks, -zur überregionalen Verbindung mit Partnern und zur umfassenden Information der Besucher. Die Gedenkstätte wird ab 18. November ihre Arbeit aufnehmen.

Katrin Zimmer

Verein Amthordurchgang e.V. Gera

Landesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361-377 1951
Fax: 0361-377 1952
E-mail: tlstu@t-online.de

Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Gera eröffnet

Von Lars-Broder Keil 19. November 2005, 00:00 Uhr

Im ehemaligen Torhaus des abgerissenen Stasi-Gefängnisses im thüringischen Gera erinnert seit Freitag eine Gedenk- und Begegnungsstätte an den politischen Widerstand in der DDR. Zwischen 1952 und 1989 waren dort rund 2700 Oppositionelle inhaftiert. Zugleich wird auch der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Das Gefängnis war von 1933 bis 1945 Untersuchungsanstalt der Gestapo und Zwischenstation für Häftlingstransporte in das Konzentrationslager Buchenwald. Nach 1945 betrieb der sowjetische Geheimdienst das Gefängnis zunächst weiter, bis es von der DDR-Staatssicherheit übernommen wurde. Der Aufbau der Gedenkstätte kostete rund 472 000 Euro und wurde mit Mitteln aus dem Mauerfonds der Bundesregierung finanziert.

Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski (CDU) betonte, die neue Einrichtung sei zugleich "Mahnmal gegen das Vergessen und die Verklärung von Vergangenheit". Sie führe "vor Augen, wohin die Irrwege des politischen Totalitarismus von links und rechts geführt haben - und immer führen werden". Vor allem Kindern und Jugendlichen müsse vermittelt werden, "was Menschen mit Menschen tun können", sagte Oberpfarrer i.R. Roland Geipel, Gründungsmitglied des Trägervereins. In dem Gefängnis war unter anderem Matthias Domaschk von der Jenaer Friedensbewegung eingesperrt, der 1981 unter ungeklärten Umständen ums Leben kam.

Gezeigt wird nun ein "Raum des Gedenkens" mit Fotos, Filmen, Zeitzeugenberichten und einer Bibliothek. Auch einige Originalteile sind ausgestellt: eine Zellentür, Teile einer Gummizelle und der Partykeller des Wachpersonals. Im Hof stehen das von Handwerkern gerettete Originaltor sowie ein zum Transport umgebauter Kleinbus "Barkas" mit fünf Zellen.

Vor Gera wurden auch in Berlin, Dresden, Bautzen, Rostock, Halle, Leipzig, Magdeburg und Potsdam ähnliche Stasi-Gedenkstätten eingerichtet. Der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Veen, Vorsitzender der Weimarer Stiftung Ettersberg, hat kürzlich kritisiert, daß die Gedenkstätten nicht aufeinander abgestimmt seien und zudem die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur noch immer die Aufarbeitung des DDR-Regimes überlagere. Damit rührte er an einem sensiblen Thema, daß bereits im vergangenen Jahr zu heftigen Diskussionen zwischen den Parteien geführt hatte. Die Staatsministerin für Kultur ließ damals erste Überlegungen für eine Neuordnung der Gedenkstätten zur Geschichte der SBZ und DDR anstellen, die jedoch im Entwurf steckenblieben. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht nun vor, die Konzeption der Gedenkstättenförderung des Bundes von 1999 fortzuschreiben, allerdings "mit dem Ziel der angemessenen Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland".



„In Kopfhöhe ausgerichtet“

Mehrere Krebsfälle bei ehemaligen DDR-Dissidenten haben den Verdacht aufkommen lassen, die Staatssicherheit habe Oppositionelle in der Haft strahlenverseucht. Ähnliche Überlegungen gab es – und auch eine mysteriöse Röntgenkanone.

Von Peter Wensierski

Das Dosimeter lag in der „Effektenkammer“ der Stasi-Untersuchungshaftanstalt von Gera in einem verschlossenen Schrank. Auf die Frage, wozu denn dieses Gerät da sei, drucksten die anwesenden Leute des gerade aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) herum, es gehöre „zum Apparat“ im Nebenzimmer. Die wenigen Mitglieder des Geraer Bürgerkomitees, die an jenem 27. Dezember 1989 den berüchtigten Stasi-Knast in der Rudolf-Diener-Straße betraten, sahen dort aber zunächst einmal nichts Besonderes.

Vor einer weißen Pappwand befand sich ein Stuhl aus der Gestapo-Zeit. Er ließ sich durch eine Hebelmechanik um genau 90 Grad drehen. So konnten die Wärter von den darauf sitzenden Gefangenen die üblichen Sträflingsfotos schießen: einige von vorn, einige von der Seite, jeweils mit Registriernummer. Ansonsten standen im Raum noch Scheinwerfer und Stative, mehr nicht.

Aber hinter der Pappwand war noch ein Vorhang. Als der aufgezogen wurde, entdeckten die Bürgerrechtler – in Kopfhöhe hinter dem Stuhl – ein merkwürdiges Röntgengerät. Die Besucher waren zwar befremdet, fotografierten den Raum und stellten noch Fragen nach Sinn und Zweck des mysteriösen Apparats, doch in den turbulenten Wendetagen ging die Sache am Ende unter. Bei einer späteren Besichtigung war das Gerät spurlos verschwunden.

Für einige der damals Beteiligten ist die Aufklärung des bizarren Fundes jetzt, zehn Jahre später, jedoch wieder höchst aktuell. So war der Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Jörn Mothes, Ende März auf Spurensuche im Geraer Stasi-Gefängnis, das noch immer als Haftanstalt dient. Mothes fordert, daß Staatsanwälte endlich seine Strafanzeige wegen „missbräuchlicher Anwendung von Röntgengeräten durch das „MfS“ verfolgten, bevor das Gefängnis samt Fotoraum demnächst wie geplant abgerissen wird.

Eine Reihe von Indizien spricht seiner Ansicht nach dafür, daß mit der Strahlenkanone missliebige Häftlinge im Rahmen von „MfS-Zersetzungsmaßnahmen“ unbemerkt verseucht wurden – um ihnen langfristig Schäden zuzufügen. Eine Theorie wie aus einem James-Bond-Film.

Aber drei der prominentesten DDR-Dissidenten sind in den letzten Jahren in der Tat an seltenen Arten von Krebsleiden erkrankt. So starb Rudolf Bahro 1997 an einem Non-Hodgkin-Lymphom, vergangenes Jahr verstarb der Leipziger Liedermacher Gerulf Pannach ebenfalls an Krebs. Letzte Woche erlag schließlich der Schriftsteller Jürgen Fuchs, erst 48 Jahre alt, einer seltenen Blutkrebskrankheit, dem Plasmozytom. „Jürgen Fuchs hegte die Vermutung, daß seine tödliche Krankheit nicht gottgewollt war, sondern menschengemacht“, so der Bürgerrechtler und Fuchs-Freund Wolf Biermann [...].

Alle drei Krebsopfer saßen längere Zeit in Stasi-Haft. Einige Oppositionelle mögen ihr Schicksal nicht als Zufall abtun: Eindeutige Belege für Langzeitmordanschläge sind in den Akten der Betroffenen zwar nicht zu finden, doch es gibt Indizien. Auch lässt sich beweisen, daß die Stasi überlegte, wie Menschen durch Strahlen geschädigt werden können – etwa durch eine Ausarbeitung, die 1988 bei der Stasi-nahen „Sektion Kriminalistik“ der Ost-Berliner Humboldt-Universität entstand.

Auf 911 Seiten wird da unter dem Studien-Titel „Toxdat“ jede nur erdenkliche Möglichkeit angeführt, wie man Menschen durch Gift ums Leben bringen kann. Die Studie nennt mehr als 200 toxische und strahlende Substanzen und beschreibt detailliert, wie sie eingesetzt werden könnten.

Im Kapitel „Schädigung durch Beibringung radioaktiver Stoffe“ werden dem Toxdat-Papier Radionuklide besonderer Gefährlichkeit genannt, von Strontium-90 bis Plutonium-238 – aber auch „Mikromengen abgebrannter Brennstäbe“ aus Kernkraftwerken. Solche Stoffe würden beim Menschen eine „kombinierte Schädigung“ hervorrufen, „da der resultierende biologische Effekt aus einer chemischen (Gift) und einer physikalischen (Energie) Wirkung resultiert“. Beigebracht, „beispielsweise in Speisen und Getränken“, bewirkten sie „zu Siechtum führende Blut/ Knochenmarkschäden und Krebs“.

Diese Wirkungen ließen sich bereits mittels „Dosen im Mikro- bis Milligrammbereich“ erzielen. Aus der langen Zeit zwischen Attacke und Ausbruch von tödlichen Krankheiten ergebe sich ein „hohes Verschleierungspotenzial“. Schon „während der langen Latenzzeit manifestieren sich irreversible Schäden“, ohne daß der Betroffene etwas davon wahrnehme.

Bereits in den siebziger Jahren waren Stasi-Mitarbeiter zudem im Umgang mit radionukliden und in „nichtmedizinischer Röntgentechnik“ ausgebildet worden. Das geht aus einem anderen Dokument hervor, dem MfS-Jahresbericht der „Hauptabteilung XXII“ von Januar 1979. Die Stasi-Leute arbeiteten – laut einer „Aufgabenstellung des Dienstbereiches 2“ –

http://www.stiftung-hsh.de/curriculum/in_kopfhoehe_ausgerichtet.htm

19.02.2009

„an der Anwendung radioaktiver Isotope“.

Ausgerechnet die MfS-Bezirksverwaltung Gera, Betreiberin der Strahlenkanone, zeigte sich nachweislich nicht zimperlich im Umgang mit radioaktiver Materie. Ihre „Abteilung 26“ übergab im Dezember 1978 in der Geraer Stasi-Zentrale strahlendes Material an einen aus Jena angereisten MfS-Mann. Der benutzte es, um einem im Kombinat Carl Zeiss Jena tätigen Physiker kontaminierte Akten unterzuschieben. Der Agent sollte den Wissenschaftler mit Hilfe radioaktiver Spuren der Spionage überführen können. Er selbst durfte nur 20 Minuten Kontakt zu den gefährlich strahlenden Papieren haben.

Den Verdacht, daß die Strahlenkanone im berüchtigten Gefängnis der Geraer Stasi gegen missliebige Bürger eingesetzt worden sein könnte, nährt auch die kaum glaubhafte Aussage des dortigen letzten Stasi-Chefs Michael Trostorff. Im Dezember 1989 beantwortete er die Frage nach dem Zweck der Anlage damit, daß sie „zum Kontrollieren von West-Paketen an die Untersuchungshäftlinge gedient“ habe. Die Geraer Gefangenen bekamen aber nicht gerade massenhaft West-Pakete. Außerdem erinnert sich der Jenaer Bürgerrechtler Thomas Auerbach ebenso wie andere Häftlinge: „Wenn etwas von draußen kam, erhielten wir die Sachen stets ausgepackt in einer offenen Holzkiste.“ Warum sollte die Stasi Pakete durchleuchten, die sie ohnehin öffnet? Und warum sollte sie ein Gerät zur Postkontrolle dort verstecken, wo Häftlinge fotografiert wurden?

Ein Geraer Röntgentechniker sah sich in den Wendetagen die Anlage genauer an, bevor sie für immer verschwand. Der Fachmann entdeckte, daß es sich keineswegs um ein Industrie-Serienprodukt handelte, sondern um unorthodox „zusammengestellt Komponenten“ auf Basis „eines Generators TuR DE 824501“. Die Anlage verstieß gegen DDR-Gesetze, war illegal und nicht angemeldet beim DDR-Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz. Durch „die fehlende Fixierung des Strahlers“ konnte der „auf den ca. einen Meter davor befindlichen fest am Boden verschraubten Stuhl in Kopfhöhe ausgerichtet“ werden.

Wurde der Primärstrahl auf einen Menschen gerichtet, der auf dem Stuhl saß, betrug die Dosis bei einstündiger Bestrahlung 1,1 Gray. Krebspatienten erhalten in der Strahlentherapie 40 bis 60 Gray pro vierwöchigen Behandlungszyklus. Die Geraer Maschine war somit viel zu schwach, um zu töten, dazu bedarf es intensiver Ganzkörperbestrahlung. Auch um einen heftigen Strahlenkater, Hautrötung oder Haarausfall zu erzeugen, hätte das Opfer mindestens zehn Stunden damit traktiert werden müssen. Aber mit dem Gerät konnten die Stasi-Leute Opfern Strahlendosen verpassen, die hoch genug waren, um nach einigen Jahren möglicherweise Blutkrebs auszulösen.

Schriftliches zum Einsatz der Strahlenkanone hat die Stasi in Gera kaum hinterlassen. Zu finden sind ein paar Einmeßprotokolle der Anlage, die beweisen, daß sie zwischen 1976 und 1983 in Betrieb war. Die nach der Entdeckung befragten Stasi-Leute gaben an, der Apparat sei „höchstens zehnmal benutzt“ worden, seit einem Defekt 1983 dann nicht mehr – angeblich, so ein Stasi-Mann, „weil der bestellte Monteur bis zur Auflösung des MfS 1989 nicht gekommen“ sei.

Man konnte den Apparat auch von außen einschalten, und es war üblich, daß Strafgefangene allein im Fotoraum warten mussten. Dissident Auerbach erinnert sich noch genau, daß er einmal drei Stunden auf dem Stuhl sitzen musste – ohne daß jemand anders den Raum betrat. „Es gab recht häufig Fototerminen, die sich meist eine Weile hinzogen, selbst kurz vor meiner Abschiebung 1983 saß ich auf dem Stuhl“, sagt auch der ehemalige Gera-Häftling Roland Jahn, Bürgerrechtler aus Jena.

Bei Sitzungen des „Runden Tisches“ und unter Stasi-Auflösern kursierten im Januar 1990 Berichte darüber, daß in den Fotoräumen anderer Haftanstalten zwar keine kompletten Geräte mehr zu finden seien, jedoch noch Reste: ein Sockel etwa, eine Bleiglasscheibe, ein Dosimeter.

Handfeste Belege gibt es dafür allerdings nicht – weder in Magdeburg noch in Berlin-Hohenschönhausen, wo Jürgen Fuchs neun Monate einsaß. Als er wegen seines Blutkrebses Strahlentherapie erhielt, erinnerten ihn die Nebenwirkungen an die „schlagartigen Gesundheitsveränderungen“ bei Stasi-Fototerminen, die ihn „körperlich reduzierten“. Damals habe er angeschnallt auf dem Stuhl gesessen und ein sehr lautes Lampengeräusch vernommen.

Alles Einbildung? Möglicherweise. Nur wurde im Mai 1990 hinter einem Vorhang im Regal des Fotoriums von Hohenschönhausen ein Lehrbuch für Strahlenkunde entdeckt.

Sehr konkret sind die Erinnerungen des Geraers Wolfgang Schatzberg an den Stasi-Knast in Chemnitz. Er durfte sich auf dem dortigen Fotostuhl nicht rühren: „Hinter mir gab es, kaum war ich allein, ein seltsames Geräusch. Ich traute mich zuerst nicht, dann hob ich den Vorhang etwas an und sah einen Röntgenapparat.“ Sein Schreck war groß, ihm dämmerte: „Das war gefährlich. Ich dreht mich von der Kante des Stuhles zum Boden hin, versuchte, meinen Kopf in Deckung zu bringen, wollte wenigstens aus dem Hauptstrahlenbereich heraus.“ Schatzberg hat inzwischen Strafanzeige erstattet.

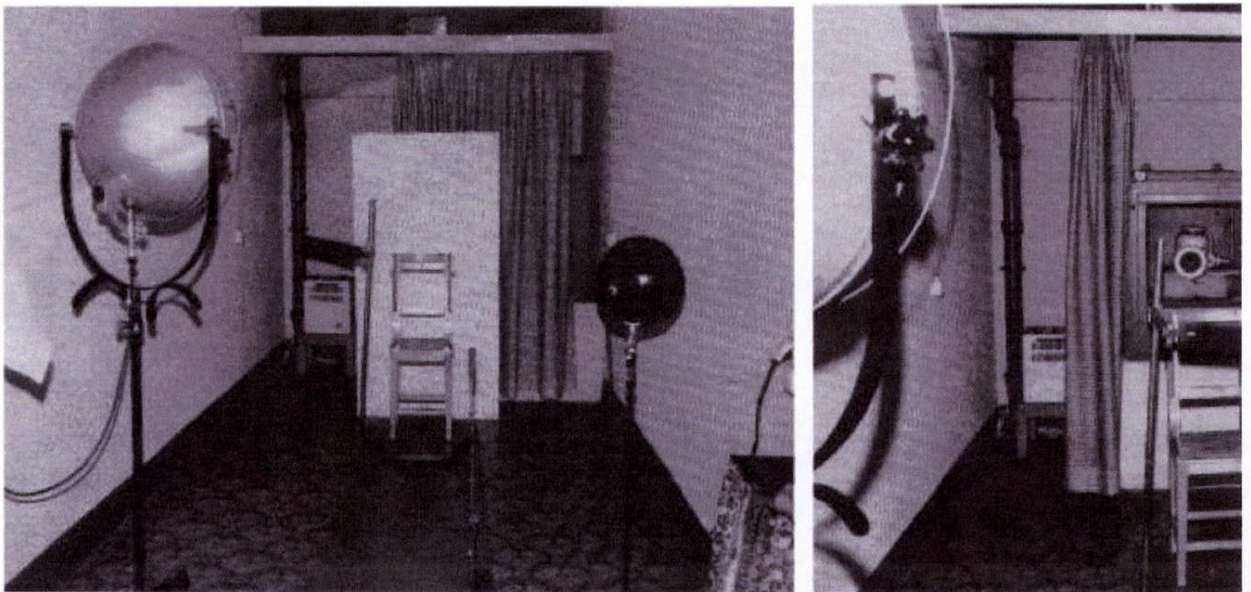
Die Mitarbeiter der Magdeburger „Gedenkstätte Moritzplatz“ wollen es ihm jetzt nachtun. Ehemalige Insassen des dortigen Gefängnisses berichten, sie seien auffallend oft unmotiviert geröntgt worden. Eine weitere Strafanzeige ging bereits bei der Berliner Staatsanwaltschaft ein, vom Jenaer Maler Frank Rub. Der Freund und Mitstreiter von Fuchs erhofft sich etwa durch Untersuchungen der Räume in Gera und in Berlin-Hohenschönhausen neue Hinweise.

Daß es kaum Dokumente über mörderische „Zersetzungmaßnahmen“ gab, hatte System, das belegt ein Stasi-Protokoll von 1988. Darin forderten Mitarbeiter freie Hand: Sie wollten die übliche Bürokratie umgehen, um keine Spuren zu hinterlassen. Es ging, so das Protokoll, „um die Orientierung, alles allein zu entscheiden, es darf keiner wissen, keine Hinweise auf Abstimmung/ Bestätigung“.

Daher wurde, so ein leitender Berliner MfS-Mann laut Protokoll, „entschieden, alle Aufzeichnungen/ Unterlagen zu vernichten“, denn: „Das Zeug musste weg.“ Ein anderer MfS-Offizier, spezialisiert auf die Bekämpfung von Bürgerrechtlern wie Ralf Hirsch und Roland Jahn, sagte, worum es ging: „Zum Beispiel hatten wir Gedankengänge, Ralf Hirsch, der viel trank, in einer strengen Winternacht Alkohol einzuflößen, daß er erfriert; weitere Vorstellungen an Zersetzungmaßnahmen bestanden im Anbohren der Bremsleitung von Autos, in Paket enthaltene Flaschen was reinmischen.“

Dabei war den Stasi-Leuten etwa im Fall Hirsch (Operativvorgang „Blauvogel“) laut Protokoll „unklar, wie weit man bei Zersetzungmaßnahmen gehen kann“, wenn schriftliche Genehmigungen und Unterschriften von Diensthöheren fehlen. „Es muß aber was gemacht werden“, so das Fazit der Offiziere, also: „Jeder macht etwas nach seinem Gefühl.“

Quelle: Der Spiegel, 20/ 1999, S. 42-44.



Bilder vom Abbruch des Geraer Gefängnis (nach der Wende)

